

Zürich

Von Ruedi Baumann

## «280 000 sind genug» für Regierung

Der SVP-nahe Bund der Steuerzahler will dem Regierungsrat den Lohn senken: von 317 000 auf 280 000 Franken. Die Initiative habe «Strafcharakter für eine unfähige Regierung».

Zürich. - Das Ziel des Bunds der Steuerzahler (BdS) ist klar: Die neue Regierung, die im Frühling 2007 gewählt wird, soll weniger verdienen. Fünf Regierungsräte müssten sich 37 000 Franken pro Jahr ans Bein streichen, der Vizepräsident 48 000 und der Regierungspräsident gar 59 000 Franken. Die Löhne der Zürcher Regierung seien «mit Abstand die höchsten in der ganzen Schweiz» (siehe Tabelle). Die Unterschriftensammlung für eine kantonale Volksinitiative beginnt am 24. August.

Die Zeit für Parlamentsberatung und Volksabstimmung müsste gemäss BdS bis zu den Neuwahlen reichen, auch wenn man mit «Verzögerungsmanövern» der Regierung rechne. Wenn sich heutige Regierungsräte mit der Lohnsenkung nicht abfinden könnten, habe die Initiative sogar eine positive Wirkung auf die «charakterliche Integrität» von neuen Kandidaten, sagte BdS-Präsident und SVP-Fraktionschef Alfred Heer. Denn mit der Lohnsenkung rücke wieder die «gesunde Bescheidenheit» der Bewerberinnen und Bewerber für dieses «Prestigeamt» in den Vordergrund.

Erfolge bereits in Zürich und Bern

Der Bund der Steuerzahler wird durch zwei Erfolgserlebnisse in Zürich und Bern motiviert: Dem Zürcher Stadtrat wurde der Lohn im Mai 2000 auf 220 000 Franken gesenkt, der Stadtberner Exekutive im letzten Februar auf 200 000 Franken. Beide Entscheide fielen knapp aus, BdS und SVP mussten aber «allein gegen den ganzen Politikerfilz» antreten, wie es gestern hiess. Die Löhne der gesamten Zürcher Verwaltung und der Gerichte werden durch die Initiative nicht tangiert. Die obersten Chefbeamten werden nach wie vor maximal 254 000 Franken verdienen. Dazu gehören Polizeikommandant, Kirchenratspräsident, Erster Staatsanwalt, Staatsschreiber, Steueramtschef und die Verwaltungsdirektorin des Uni-Spitals.

Zu viele auswärtige Experten

Nach Ansicht des BdS ist es in Zukunft sogar denkbar, dass Spitzenbeamte mehr verdienen als Regierungsräte. Denn - so Alfred Heer - Regierungsräte würden schliesslich ihre Amtschefinnen und Amtschefs arbeiten lassen. Und wenn sie nicht mehr weiterwüssten, engagierten sie immer häufiger für viel Geld auswärtige Experten. Offensichtlich sei die Regierung heute ohne die Hilfe von Dritten «gar nicht mehr fähig, den Kanton zu regieren».

SVP-Kantonsrat und Parteisekretär Claudio Zanetti gab von sich aus zu, dass man mit der Initiative auch eine «erzieherische Wirkung» anstrebe und die Lohnkürzung «einen gewissen Strafcharakter» habe. Die vier bürgerlichen Regierungsmitglieder Huber, Fuhrer, Jeker und Fierz würden regelmässig von den drei Linken Notter, Aeppli und Diener überstimmt - «da stimmt doch etwas nicht». Kurz: Die Zürcher Regierung macht nicht die Politik, wie sie die SVP will. Zanetti nannte als Beispiele die Aufblähung des Staatsapparats, eine miserable Staatsrechnung und eine Verkehrspolitik, die als «Bürgererziehung» missbraucht werde: Behinderung des Autoverkehrs durch unübersichtliche Kreisel, restriktive Parkplatzbewirtschaftung und der um Jahre verpasste Ausbau des Gubristtunnels. «Selbst die Aargauer lachen über uns.»

Gemäss SVP-Kantonsrat John Appenzeller (Aeugstertal) strebt die Initiative eine Änderung der Kantonsverfassung an. Die Besoldung der Regierung soll jährlich der Teuerung angepasst werden. Der Regierungspräsident soll in Zukunft keine speziellen Zulagen mehr erhalten. Die jährlichen Spesenpauschalen von 10 000 Franken für jeden Regierungsrat werden dagegen nicht beschnitten. Insgesamt spart der Kanton - die Kosten für die Abstimmung nicht miteingerechnet - 290

000 Franken pro Jahr. Für die Sammlung der 10 000 Unterschriften ist der BdS «äusserst optimistisch». Die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer Regierung komme gerade gelegen.

Der Passus im Initiativtext, dass die Löhne von Verwaltungspersonal und Rechtspflege nicht tangiert werden, ist vom BdS wohl kalkuliert. Sonst nämlich würde das ganze Lohngefüge gedrückt - und 40 000 Staatsangestellte würden Nein stimmen. «Wir müssen dem Personal nicht den Lohn kürzen, sondern Stellen streichen», sagte SVP-Kantonsrat Claudio Schmid (Bülach). Namentlich nannte er den Datenschutzbeauftragten, den Ombudsmann sowie die «unzähligen, meist überflüssigen Kommunikations- und sonstigen Stabsstellen». Zudem finde in der Verwaltung eine «unsinnige Frauenförderung» statt.

In der Privatwirtschaft werden für Managerjobs in der Regel vielfach höhere Löhne ausbezahlt. Ein Managerposten und ein Regierungsamt sind gemäss Mark Hoenig, Partner und Unternehmensberater bei der Egon Zehnder International AG, allerdings kaum zu vergleichen. «Ein Regierungsrat arbeitet im Dienste der Öffentlichkeit und nicht, um sein Einkommen zu optimieren.» Auch das 10-Milliarden-Budget des Kantons lasse keinen Vergleich zu. «Der Kanton kommt zu seinen Einnahmen unabhängig vom Lohn der Regierung.»

Tabelle: Die Zürcher Regierung macht nicht die Politik, wie sie die SVP will.

---

Datum: 20040806

312783, TAG , 06.08.04; Words: 701, NO: OH2004080600727